

10.38

**Bundesrat Mag. Gerald Zelina** (STRONACH, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister! Liebe Zuschauer vor den Fernsehgeräten! Eine gute Wirtschaftspolitik und eine gute Wirtschaftsstandortpolitik ist die beste Sozialpolitik, weil sie Arbeitsplätze schafft.

Leider haben wir in Österreich keine gute Wirtschaftspolitik, und das Resultat sind 500 000 Arbeitslose, die höchste Arbeitslosigkeit seit 70 Jahren (*Zwischenruf des Bundesrates Schennach*), eine Rekordverschuldung von 300 Milliarden €, die wichtige Zukunftsinvestitionen verhindert, und als Draufgabe rekordhohe Steuern und Abgaben, die unseren Konsum abwürgen.

Die Verwaltungsmiswirtschaft in Österreich und die Verweigerung, notwendige Reformen anzugehen, sind standortschädigend. Wir leisten uns einen riesigen ineffizienten Staatsverwaltungsapparat, den wir alle über überhöhte Steuersätze und ausufernde Sozialabgaben mitfinanzieren müssen.

Unser Staat ist aufgebläht, fett und krank. (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Der Standort Österreich wird aufgrund der hohen Steuern und bürokratischen Auflagen für viele Unternehmen und Investoren immer unattraktiver. Allen Staatsbediensteten und politischen Funktionären geht es gut in unserem Land, aber denjenigen, die unternehmerische Ideen haben und Leistungen erbringen wollen, wird das Leben durch Tausende Auflagen, Schikanen und Kontrollen schwer gemacht. Viele Leistungsträger und Unternehmer sind sauer und wütend auf unsere Regierung und wollen nur noch eines, und zwar auswandern, weg von Österreich – hin in Länder, wo man als Unternehmer und Arbeitgeber noch herzlich willkommen ist und nicht ständig überprüft, schikaniert, behindert und zu Tode besteuert wird! (*Bundesrat Schennach: Aber, aber! Das schau' ich mir an!*)

In Bulgarien kann man mit **einem einzigen** Gewerbeschein alle Gewerbe betreiben. In Österreich darf ein innovativer Friseur nicht zusätzlich Kaffee und Kuchen anbieten. Ein Gastwirt auf dem Land darf in seinem Lokal nicht ergänzend eine Trafik betreiben. Dabei wären es gerade diese branchenübergreifenden Gewerbekombinationen, die Arbeitsplätze und Infrastruktur in kleinen ländlichen Gemeinden ermöglichen und erhalten würden.

Wir brauchen eine Wirtschaft ohne Bürokratie, eine Wirtschaft mit weniger Auflagen und weniger Vorschriften. Gewerbliche Schikanen für Jungunternehmer, die mit kreativen, innovativen Ideen in Österreich eine Firma aufmachen wollen, gehören

beseitigt. Österreich muss wieder ein attraktiver, kostengünstiger Wirtschaftsstandort für Investoren und Unternehmen werden. Derzeit wirkt Österreich durch die hohen Arbeitskosten, die massive Steuerbelastung, die Bürokratie und einen gefräßigen sozialistischen Staat, der nach Vermögenssteuern trachtet, abschreckend auf alle, die mit Einsatz, Fleiß und Unternehmergeist Arbeitsplätze und Werte schaffen wollen. Unternehmen gehen dorthin, wo die niedrigsten Steuern, die geringsten Kosten, die niedrigsten Auflagen und das qualifizierteste Personal locken. (*Bundesrätin **Zwazi**: Nach Mödling!*) – Nach Mödling. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Unsere Staatsausgabenstruktur gehört geändert, weg von konsumierenden Verwaltungsausgaben hin in Richtung von Zukunftsinvestitionen wie Bildung, Innovation, Hochtechnologie, Forschung und Infrastruktur. Unsere Verwaltungsausgaben gehören jedes Jahr um 5 Prozent reduziert, und zwar fünf Jahre lang, bis unsere Verwaltung in Summe 30 Prozent schlanker ist.

Parallel zur Verschlinkung des Staates gehören zur Attraktivierung unseres Standortes und zur Anlockung von Unternehmen in unsere Gemeinden die Steuersätze gesenkt und unsere Staatsschulden reduziert.

Unternehmen, die ihre Gewinne im Inland reinvestieren, sollen steuerfrei gestellt werden. Unternehmen zahlen gewinnunabhängig durch die hohen Lohnnebenkosten bereits genug Steuern und Sozialabgaben. Eine Gewinnsteuer auf nicht ausgeschüttete Gewinne, die im Unternehmen bleiben und im Inland reinvestiert werden und dadurch Arbeitsplätze schaffen, ist kontraproduktiv. Erst wenn die Gewinne aus dem Unternehmen ausgeschüttet werden, sollen die Gewinnsteuern anfallen und an die öffentliche Hand abgeführt werden.

Statt standortschädigender Wertschöpfungsabgaben brauchen wir Gewinnbeteiligungen für unsere Mitarbeiter. 10 Prozent der Gewinne der Unternehmen sollen in Löhne zurückverwandelt werden. Die Mitarbeiter haben ein moralisches Recht auf 10 Prozent des Gewinns ihres Unternehmens, welchen sie durch ihren Fleiß selbst miterwirtschaftet haben. (*Rufe bei der ÖVP: Und bei Verlust?*) Höhere Löhne via Gewinnbeteiligungen kurbeln den Konsum und die Nachfrage an und spülen Umsatzsteuereinnahmen zur Finanzierung des Sozialstaates in die Staatskassen. Machen wir unsere Mitarbeiter zu Mitunternehmern, dann sind alle Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichgeschaltet und alle Unternehmer und Mitarbeiter und der Staat profitieren von effizienteren, produktiveren Betriebsführungen! (*Vizepräsidentin **Winkler** gibt das Glockenzeichen.*)

Ich komme zum Schluss. Auch die Lohnnebenkosten gehören natürlich gesenkt, denn zu hohe Lohnnebenkosten vernichten Arbeitsplätze und sind auch standortschädigend. Ich würde gleich bei der Wirtschaftskammer anfangen, nämlich bei der lohnsummenabhängigen Kammerumlage 2. Schaffen wir sie ab, dann haben wir eine direkte Entlastung der Lohnnebenkosten! Die Wirtschaftskammer hat ohnehin zu viel Geld und gehört auch verschlankt. Fit statt fett, das gilt auch für die Wirtschaftskammer! – Vielen Dank.

10.45

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Zur Abgabe einer abschließenden Stellungnahme hat sich nochmals der Herr Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm und darf ihn bitten, die Redezeit von 5 Minuten nach Möglichkeit einzuhalten. – Bitte.